

Leserbrief in den BNN, geschickt am 18.12.2020, veröffentlicht am 30.12.2020:

Haushalt und Daseinsvorsorge

Sicher kann der städtische Haushalt nicht die soziale Kluft einebnen, die sich auch in Zeiten der Pandemie weiter vertieft. Aber die Daseinsvorsorge hat die Stadt sicherzustellen. Denn nach dem Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes ist die Gemeinde verpflichtet, lebensnotwendige Dienstleistungen bereitzustellen. Dazu gehören insbesondere Gesundheit, Wohnen, Verkehr, Energie- und Wasserversorgung, Kinderbetreuung und auch eine intakte Umwelt. Und natürlich müssen diese Dinge und Leistungen für alle Bürgerinnen und Bürger in guter Qualität zugänglich und bezahlbar sein.

Die Realität sieht anders aus. Das Städtische Klinikum schlägt Alarm: Das Personal ist total überlastet und schlecht bezahlt. Eine Bereichsleiterin der Onkologie im Städtischen Klinikum schreibt in einem Brandbrief an Minister Spahn: "Es braucht endlich eine adäquate Patientenversorgung, mehr Personal, höhere Vergütungen und einen besseren Freizeitausgleich für Menschen, die einen so unabdingbaren Beitrag zum Wohlergehen und auch zur Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft beitragen." Ein Bündnis 'Krankenhaus statt Fabrik' kämpft seit Jahren für bessere Bedingungen für Mitarbeiter und Patienten. Doch der Gemeinderat hat eine Zulage für MitarbeiterInnen abgelehnt.

Auch in anderen Bereichen droht die Daseinsvorsorge zu kollabieren - nicht erst durch Corona. Initiativen wie Klimabündnis oder ATTAC weisen immer wieder auf weitere Besorgnis erregende Entwicklungen hin - die BNN hatten berichtet: Finanzmittel für den Klimaschutz sollen gekürzt werden; die Armut im Alter wird durch steigende Mieten verstärkt; jede zweite Kita in Baden-Württemberg hat zu wenig Personal; der Skandal Kinderarmut bleibt ungelöst und sie steigt in der Pandemie weiter an.

Während die Armut wächst - auch der Gemeinden! -, wächst auch das Vermögen der Reichen und die Gewinne global agierender Konzerne. Für das Austrocknen der Daseinsvorsorge ist eine Politik verantwortlich, die sie dem Profitstreben ausgeliefert hat: Krankenhäuser werden privatisiert, Finanzkonzerne kaufen Hunderttausende Wohnungen, um Investoren Gewinne zu verschaffen. Diese Entwicklung bedroht existenzielle Bedürfnisse, aber auch den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft. Die Bereichsleiterin aus dem Klinikum schreibt dazu: "Aus der Not eines Menschenlebens Profit zu schlagen ist moralisch keinesfalls vertretbar. Doch dieser allgemein gültige und ethische Grundsatz scheint in der Politik nicht anzukommen."

Lösen kann Karlsruhe diese Probleme nicht; die Daseinsvorsorge muss aber gewährleistet sein. Die Stadt, der Gemeinderat und die Parteien stehen in der Pflicht, nach dem Grundsatz zu handeln: Grundbedürfnisse wie Gesundheit, Wohnen und intakte Umwelt sind keine Ware. Bereits jetzt sind die finanziellen, sozialen und persönlichen Belastungen durch die Pandemie sehr ungleich verteilt. Im kommenden Jahr werden die daraus entstehenden Konflikte zunehmen. Sie können nur gelöst werden, wenn wir alle das Gefühl haben, dass es gerecht und solidarisch geschieht.

Georg Rammer
Karlsruhe - Mühlburg